



Kooperieren für mehr Cyber-Sicherheit - Bündnis gegen Cyber-Bedrohungen wird erweitert

Kooperieren für mehr Cyber-Sicherheit - Bündnis gegen Cyber-Bedrohungen wird erweitert
Die Bundesregierung und die Betreiber Kritischer Infrastrukturen haben ihre bereits seit 2007 bestehende Kooperation erneuert und Handlungsschwerpunkte für die nächsten Jahre festgelegt. In dem hierzu veröffentlichten Dokument "UP KRITIS: Öffentlich-Private Partnerschaft zum Schutz Kritischer Infrastrukturen" wird die weitere Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft beim Schutz Kritischer Infrastrukturen beschrieben.
Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière: "Mit den Betreibern Kritischer Infrastrukturen pflegen wir auf Grund ihrer Bedeutung für unsere Gesellschaft schon seit vielen Jahren eine besonders enge Kooperation. In Anbetracht der Allgegenwärtigkeit der Informationstechnik und der sich zuspitzenden Bedrohungslage im Cyberraum haben wir unsere Handlungsschwerpunkte überarbeitet und wollen in Zukunft noch enger zusammenrücken. Deutschland soll auch in Zukunft Vorreiter bei verlässlichen und robusten Infrastrukturen in Europa bleiben."
Die Partnerschaft UP KRITIS leistet seit ihrem offiziellen Start im Jahr 2007 einen wesentlichen Beitrag zur verlässlichen Bereitstellung der kritischen Dienstleistungen für die Menschen in Deutschland. Der Schwerpunkt liegt dabei auf einem effektiven Zusammenwirken von IT-Sicherheit und der Aufrechterhaltung kritischer Geschäftsprozesse. Leitbild des UP KRITIS ist die Zusammenarbeit zwischen Betreibern Kritischer Infrastrukturen und staatlichen Stellen zur Stärkung der Kompetenz der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung in gemeinsamer Verantwortung insbesondere für die IT-Sicherheit in den Prozessen Kritischer Infrastrukturen. Die Strukturen des UP KRITIS ermöglichen darüber hinaus eine Verzahnung mit den aktuellen Arbeiten an einem IT-Sicherheitsgesetz, das Mindeststandards und Meldepflichten im Bereich der IT-Sicherheit Kritischer Infrastrukturen vorsehen wird.
Das Dokument zum UP KRITIS kann von der Homepage des BMI heruntergeladen werden. Unternehmen, die Kritische Infrastrukturen betreiben, sind herzlich zur Mitwirkung eingeladen. Die Zuordnung lässt sich anhand der Sektoreneinteilung für Kritische Infrastrukturen ableiten. Die Geschäftsstelle des UP KRITIS im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik steht für Aufnahmeanträge und Rückfragen jeglicher Art gern zur Verfügung.
Bundesministerium des Innern (BMI)
Alt-Moabit 101 D 10559 Berlin
Telefon: +49 30 18681-1022/-1023/-1089
Telefax: +49 30 18681-1083
Mail: presse@bmi.bund.de
URL: <http://www.bmi.bund.de>

Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.